

Medienkonferenz vom 1. Oktober 2018

Es gilt das gesprochene Wort

Die AHV-Strukturreform bleibt dringlich

Roland A. Müller, Direktor Schweizerischer Arbeitgeberverband

Sehr geehrte Damen und Herren

An der gerade zu Ende gegangenen Herbstsession haben die Parlamentarier ein gewichtiges Paket festgeschnürt: die sogenannte AHV-Steuer-Vorlage. In diesem Paket wird die Steuervorlage 17 mit einer AHV-Finanzspritze verknüpft. Diese Kombination soll der Unternehmenssteuerreform zum Durchbruch verhelfen, denn im Gegenzug wird die umlagefinanzierte AHV entlastet. Finanzminister Ueli Maurer sprach von einem «kleinen Kunstwerk des politischen Kompromisses». Tatsächlich zeigten sich im Verlauf der Beratungen die Linke und die bürgerliche Mitte geeint, wenn auch ohne Enthusiasmus. Das Zweckbündnis ist nicht zuletzt unter Druck des Auslands zustande gekommen. Die Schweiz muss international nicht mehr akzeptierte Steuerprivilegien für Statusgesellschaften abschaffen.

Die kombinierte Vorlage schafft zwar im Steuerteil klare Verhältnisse für die Schweizer Steuerpolitik der nächsten Jahre. Im AHV-Teil ist allerdings kein echter Reformwille erkennbar. Vielmehr übertüncht die AHV-Finanzspritze die gravierenden Strukturprobleme in der Altersvorsorge. Nach einer intensiven Diskussion in den eigenen Reihen ist der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) zum Schluss gekommen, die AHV-Steuer-Vorlage mitzutragen. Zugleich bedauert er, dass mit der Paketlösung zwei sachfremde Vorlagen verwoben worden sind. Das Prinzip der «Einheit der Materie» wurde verletzt.

Darum ist die Unterstützung insofern zu relativieren, als der SAV Lohnbeiträge zur Lösung der strukturellen Schieflage der AHV, wie sie das Paket nun enthält, grundsätzlich ablehnt. Zum einen führt in der umlagefinanzierten ersten Säule aufgrund der alternden Gesellschaft kein Weg an einer Erhöhung des Rentenalters vorbei, soll das Leistungsniveau auch künftig erhalten bleiben. Zum andern schränken die der AHV zugesprochenen 0,3 Lohnprozente den Spielraum zur Stabilisierung der zweiten Säule empfindlich ein. Denn eine spürbare Senkung des Mindestumwandlungssatzes in der obligatorischen beruflichen Vorsorge mit einer angemessenen Kompensation ist ohne eine massive Anhebung der Lohnbeiträge nicht zu erreichen.

Dass das Parlament diesen Zusammenhängen keine Beachtung geschenkt und der Wirtschaft durch das Paket eine Erhöhung der Lohnkosten quasi aufgezwungen hat, ist für den SAV eine bittere Pille. Er nimmt zwar das Resultat der Beratungen dieser Schlüsselvorlage für die Wirtschaft zur Kenntnis. Er betont aber auch mit Nachdruck, dass er nach seinem Zuspruch allen weiteren Begehrlichkeiten um eine neuerliche Verteuerung des Faktors Arbeit für die Reform der AHV eine unmissverständliche Absage erteilen wird.

Zudem fordert der SAV von der Politik, die dringend notwendige Strukturreform in der AHV ohne zeitlichen Verzug anzugehen. Weil sich die Pensionierungen der geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren häufen werden, wird sich der Finanzierungsbedarf der AHV nicht linear, sondern stark progressiv entwickeln. Die Arbeitgeber sind sich der Gefahr bewusst, der unser wichtigstes Sozialwerk damit ausgesetzt ist. Eine zu spät einsetzende schrittweise Erhöhung des Rentenalters würde nur noch einen kleinen Beitrag an die Deckung der Finanzierungslücke der AHV leisten.

Die SP will diese Lücke rein mittels Zusatzfinanzierung decken. Anders ist nicht zu erklären, dass die Parteispitze verlauten lässt, mit dem AHV-Steuer-Deal wäre unter anderem die Erhöhung des Frauen-



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
UNION PATRONALE SUISSE
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

rentenalters auf 65 auf Jahre hinaus vom Tisch. Das ist Schönfärberei einer Bundesratspartei, die Verantwortungsbewusstsein und echten Reformwillen vermissen lässt. Weiter sind in dieser entscheidenden Frage hingegen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. So belegen gleich mehrere Studien, darunter die gfs-Umfrage zur Reform der Schweizer Altersvorsorge, die VOTO-Analyse zur Abstimmung über die Reform Altersvorsorge 2020 sowie die jüngste Vimentis-Umfrage, dass eine Erhöhung des Rentenalters über 65 hinaus weiter an Akzeptanz gewinnt. Das Volk hat die demografischen Herausforderungen einer alternden Gesellschaft verstanden und ist zunehmend bereit, länger zu arbeiten, um die Renten auf dem bestehenden Niveau zu sichern.